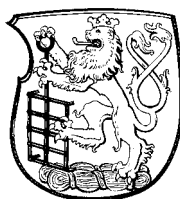


Der Stadtbote



AMTSBLATT DER STADT WUPPERTAL
HERAUSGEBER: DER OBERBÜRGERMEISTER

Nr. 27/2009
16. Oktober 2009

Inhaltsverzeichnis	Seite
• Tagesordnung der konstituierenden Sitzung des Rates der Stadt Wuppertal am 26.10.2009	2
• Ergebnis der Bundestagswahl am 27.09.2009 im Wahlkreis 104 Solingen – Remscheid – Wuppertal II	3
• Erdgaspreise am dem 1. November 2009 im Netzgebiet der WSW	5
• Einladung zur Genossenschaftsversammlung 2009 am 17.11.2009 der Jagdgenossenschaft des gemeinschaftlichen Jagdbezirks Wuppertal	6
• Bekanntmachung der Kinder- und Jugendwohngruppen der Stadt Wuppertal – Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008	7

Alle öffentlichen Bekanntmachungen finden sie kostenlos im Internet unter:
<http://wuppertal.de/bekanntmachungen>.



Es informiert Sie	Florian Kötter
Telefon (0202)	563 58 93
Fax (0202)	563 84 64
E-Mail	florian.koetter@stadt.wuppertal.de
Datum	16.10.09 08:30 Uhr

Einladung

Hiermit lade ich Sie zu der konstituierenden Sitzung des Rates der Stadt Wuppertal ein.

Sitzungstermin:	Montag, 26.10.2009, 18.00 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus Barmen, Ratssaal

Vor der konstituierenden Sitzung des Rates findet um 17.00 Uhr ein ökumenischer Gottesdienst in der Gemarker Kirche statt.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Jung
Oberbürgermeister

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1** **Bestellung der Schriftführer für den Rat der Stadt**
VO/0705/09

- 2** **Einführung des Oberbürgermeisters**

- 3** **Einführung der Stadtverordneten**

- 4** **Wahl der Bürgermeister**

- 5** **Änderung der Betriebssatzung der Alten- und Altenpflegeheime Wuppertal**
VO/0716/09
- 6** **Änderung der Betriebssatzung der Kinder- und Jugendwohngruppen**
Wuppertal
VO/0717/09
- 7** **Bildung von Ausschüssen**
VO/0710/09
- 8** **Konferenz der Ratsmitglieder beim Städtetag Nordrhein-Westfalen**
VO/0704/09
- 9** **Vorlage für die Berufung einer ehrenamtlichen Richterin/eines**
ehrenamtlichen Richters am Landessozialgericht Essen
VO/0685/09
- 10** **Bebauungsplan Nr. 1148 - Uellendahler Straße / südöstl. Kohlstraße**
- Aufstellungsbeschluss -
VO/0718/09

Öffentliche Bekanntmachung
Ergebnis der Bundestagswahl am 27.09.2009
Im Wahlkreis 104 Solingen – Remscheid – Wuppertal II

Gemäß § 79 Abs. 1 Nr. 1 der Bundeswahlordnung (BWO) gebe ich das vom Kreiswahlausschuss in seiner Sitzung am 01.10.2009 festgestellte endgültige Wahlergebnis für den Wahlkreis 104 Solingen – Remscheid – Wuppertal II bekannt:

Wahlberechtigte	229.927
Wähler(innen)	162.192

Ungültige Erststimmen	2.157
Gültige Erststimmen	160.035

Ungültige Zweitstimmen	1.794
Gültige Zweitstimmen	160.398

Von den gültigen Erststimmen entfielen auf:

Bewerber	Kurzbezeichnung der Partei	Erststimmen
1. Kucharczyk, Jürgen	SPD	54.910
2. Hardt, Jürgen	CDU	62.365
3. Schiffer, Hans Lothar	FDP	13.940
4. Schichel, David	GRÜNE	12.956
5. Hillebrand, Heinz	DIE LINKE	13.418
6. Hartmann, Detlef	NPD	2.446

Der Kreiswahlausschuss stellte fest, dass der Bewerber Hardt, Jürgen (CDU) (Kreiswahlvorschlag Nr. 2) die meisten Stimmen auf sich vereinigt und damit im Wahlkreis gewählt ist.

Von den gültigen Zweitstimmen entfielen auf Landesliste:

Kurzbezeichnung der Partei	Zweitstimmen
1. SPD	42.869
2. CDU	51.248
3. FDP	26.079
4. GRÜNE	16.357
5. DIE LINKE	15.057
6. NPD	1.668
7. Die Tierschutzpartei	1.103
8. FAMILIE	819
9. REP	664
10. Volksabstimmung	193
11. MLPD	91

12. PSG	26
13. ZENTRUM	102
14. BüSo	44
15. DVU	139
16. ödp	157
17. PIRATEN	2.891
18. RRP	223
19. RENTNER	668

Remscheid, den 13.11.2009
Der Kreiswahlleiter
gez. Dr. Christian Henkelmann

Bekanntmachung der WSW Energie & Wasser AG

Die folgenden Erdgaspreise gelten ab 1. November 2009 im Netzgebiet der WSW.



WSW ERDGAS STANDARD

Gültig ab 01.11.2009

Grund- und Ersatzversorgung (Niederdruck)

	Arbeitspreis		Grundpreis	
	Cent/kWh		EUR/Jahr	
	netto ¹⁾	brutto	netto ¹⁾	brutto
Haushaltsbedarf	5,02	5,97	125,00	148,75
Gewerblicher, beruflicher und sonstiger Bedarf bei einer Zählergröße				
bis G 6	5,02	5,97	154,75	184,15
bis G 16			255,22	303,71
bis G 25			433,06	515,34
bis G 40			589,06	700,98
bis G 65			868,61	1.033,65

WSW ERDGAS SINGLE

Gültig ab 01.11.2009

Grund- und Ersatzversorgung (Niederdruck)

	Arbeitspreis		Grundpreis	
	Cent/kWh		EUR/Jahr	
	netto ¹⁾	brutto	netto ¹⁾	brutto
	6,88	8,19	65,00	77,35

WSW ERDGAS VARIO

Gültig ab 01.11.2009

	Arbeitspreis		Grundpreis	
	Cent/kWh		EUR/kW u. Jahr	
	netto ¹⁾	brutto	netto ¹⁾	brutto
1–16 kW	4,69	5,58	9,95	11,84
17–39 kW	4,62	5,50	9,95	11,84
40–93 kW	4,55	5,41	9,95	11,84
Mindestgrundpreis bis einschließlich 14 kW			139,30	165,77

WSW ERDGAS SMART

Gültig ab 01.11.2009

	Arbeitspreis		Grundpreis ²⁾	
	Cent/kWh		EUR/Monat	
	netto ¹⁾	brutto	netto ¹⁾	brutto
bei einem Jahresverbrauch von:				
4 000 bis 50 000 kWh	4,54	5,40	11,37	13,53
ab 50 001 kWh	4,45	5,30	15,12	17,99

²⁾ Berechnungsgrundlage ist der Jahresgrundpreis von 162,32 EUR (4000 bis 50000 kWh) bzw. 215,87 EUR (ab 50001 kWh), heruntergerechnet auf die Anzahl der Abrechnungstage.

In den Arbeitspreisen ist ein zusätzlicher Steueranteil gemäß Artikel 2 des Energiesteuergesetzes enthalten.

Umsatzsteuer

¹⁾ Zuzüglich zu dem Nettorechnungsbetrag wird die Umsatzsteuer in jeweils gültiger Höhe, zurzeit 19 %, erhoben. Maßgeblich sind die Nettopreise. Rundungsdifferenzen bei der Berechnung der Bruttopreise sind möglich.

Bei Preisänderungen sind die WSW nach der „Gasgrundversorgungsverordnung“ gesetzlich zu einer Verbrauchsabgrenzung verpflichtet. Der für die neuen Preise maßgebliche Verbrauch wird zeitanteilig berechnet. Jahreszeitliche Verbrauchsschwankungen werden auf der Grundlage der für die jeweilige Abnehmergruppe maßgeblichen Erfahrungswerte berücksichtigt. Dies gilt im Übrigen auch bei Änderungen des Umsatzsteuersatzes oder eines erlösabhängigen Abgabesatzes, z. B. des Ökosteuersatzes. Um eine realistische Verbrauchsabrechnung bei Heizgasanlagen vornehmen zu können, bedienen die WSW sich sogenannter Gradtagszahlen, die auf den durchschnittlichen täglichen Temperaturunterschied zwischen Gebäuden und der Außenluft zurückgehen und so die witterungsbedingten Schwankungen in der Energieabnahme berücksichtigen. Eine Zählerstandsangabe ist also nicht nötig. Die WSW berücksichtigen trotzdem gerne selbst abgelesene Zählerstände.

Die Zählerstände können bis zum 15.11.2009 im OnlineCenter unter www.wsw-online.de angegeben sowie per Fax unter 0202 569-5190 oder schriftlich an die WSW mitgeteilt werden. Für Rückfragen und Beratung stehen die WSW ihren Kunden gerne zur Verfügung.

Als Amtliche Bekanntmachung

Einladung zur Genossenschaftsversammlung 2009

Am Dienstag, 17. November 2009, findet um 14.00 Uhr im Cafe-Restaurant Rigi Kulm, 42349 Wuppertal, Jung-Stilling-Weg 44, neben dem Fernsehturm Rigi Kulm, die diesjährige Genossenschaftsversammlung 2009 statt, zu der wir hiermit einladen.

Tagesordnung

1. Geschäftsbericht
2. Neuverpachtung des Teilpachtreviere 01 - Oberdüssel
3. Entlastung des Vorstandes und der Kassenführung
4. Wahl von Vorstandsmitgliedern
5. Wahl der Kassenprüfer
6. Haushaltsplan 2010
7. Verschiedenes

Wuppertal, 12.10.2009

Jagdgenossenschaft
des gemeinschaftlichen
Jagdbezirks Wuppertal

Gez.

Gez.

Gez.

Kuhlendahl
Vorsitzender

Dahlmann
Beisitzer

Vosteen
Beisitzer

Bekanntmachung der Kinder- und Jugendwohngruppen der Stadt Wuppertal: Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008

Gem. § 26 Abs. der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen wird hiermit öffentlich bekannt gemacht:

1. Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2008

1. Die Bilanz der Kinder- und Jugendwohngruppen zum 31. Dezember 2008 wird in Aktiva und Passiva gleichlautend mit 7.407.293,59€ festgestellt.

2. Der ausgewiesene Jahresverlust 2008 in Höhe von 17.604,05 € wird mit dem Gewinnvortrag aus Vorjahren verrechnet.

Der Rat der Stadt Wuppertal hat am 29.06.2009 den Jahresabschluss und den Lagebericht 2008 der Kinder- und Jugendwohngruppen, wie oben aufgeführt festgestellt.

2. Abschließender Vermerk der GPA NRW

Die GPA NRW ist gemäß § 106 GO NRW gesetzlicher Abschlussprüfer des Betriebes Kinder- und Jugendwohngruppen der Stadt Wuppertal. Zur Durchführung der Jahresabschlussprüfung zum 31.12.2008 hat sie sich der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft WTG Wirtschaftstreuhand KG Dr. Grüber & Co., Wuppertal, bedient.

Diese hat mit Datum vom 11.05.2009 den nachfolgend dargestellten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Kinder- und Jugendwohngruppen der Stadt Wuppertal für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der Betriebsleitung. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und

rechtliche Umfeld des Betriebs sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

Im Rahmen der Prüfungen werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie die Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Betriebsleitung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Betriebs. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Betriebs und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir auf die Ausführungen im Lagebericht hin. Dort ist im letzten Abschnitt ausgeführt, dass aus der zurzeit noch ungeklärten Verwertung des Standortes Küllenhahn ein Verlustrisikos für den Betrieb entstehen kann, falls eine Anschlussnutzung durch den Betrieb nicht zu kostendeckenden Konditionen bzw. ein Verkauf des Objektes nicht mindestens zum Buchwert möglich ist.“

Die GPA NRW hat den Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft WTG Wirtschaftstreuhand KG Dr. Grüber & Co. ausgewertet und eine Analyse anhand von Kennzahlen durchgeführt. Sie kommt dabei zu folgendem Ergebnis:

Der Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfers wird vollinhaltlich übernommen. Eine Ergänzung gemäß § 3 der Verordnung über die Durchführung der Jahresabschlussprüfung bei Eigenbetrieben und prüfungspflichtigen Einrichtungen (JAP DVO) ist aus Sicht der GPA NRW nicht erforderlich.

GPA NRW
Abschlussprüfung – Beratung - Revision
Im Auftrag

gez.
Thomas Knuth

3. Öffentliche Auslegung

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2008 liegen ab dem Tag der Veröffentlichung bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses in der Verwaltung der Kinder- und Jugendwohngruppen der Stadt Wuppertal, Am Jagdhaus 50, an den Werktagen von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr zur Einsichtnahme aus.

Wuppertal, 08.10.2009

Kinder- und Jugendwohngruppen
der Stadt Wuppertal
gez.
Dorau
Betriebsleiter

Kinder- und Jugendwohngruppen der Stadt Wuppertal (KIJU)

Lagebericht 2008

1. DARSTELLUNG DES GESCHÄFTSVERLAUFES

1.1. Rahmenbedingungen

Die Kinder- und Jugendwohngruppen sind eine kommunale Einrichtung, die auf der Grundlage des Kinder- und Jugendhilfegesetzes Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aufnimmt, betreut, erzieht und versorgt (§§19, 27, 32, 34, 41, 42 SGB VIII).

Für die Stadt Wuppertal, als Gewährleistungsträger von Jugendhilfeaufgaben, besteht eine gesetzliche Verpflichtung zur Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen, wenn sie um Aufnahme bitten (§ 42 SGB VIII). Die Inobhutnahme der Kinder unter 14 Jahren ist dem Betrieb KIJU übertragen.

Daneben können weitere Leistungen erbracht werden, sofern sie dem Unternehmenszweck nicht entgegenstehen.

Der Betrieb hat es sich zur Aufgabe gemacht, jungen Menschen eine Orientierung zu bieten, sie zu unterstützen, zu begleiten und in ihrer individuellen Entwicklung - unter Berücksichtigung ihrer bisherigen Lebenssituation - zu fördern. Die Grundlage dafür ist die Orientierung an den Bedürfnissen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter Einbeziehung des Herkunftsmilieus. Die Einrichtung bietet bedarfsgerechte Plätze für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, sowie sonstige betreute Wohnformen in Einrichtungen, über Tag und Nacht an. Außerdem werden Notaufnahmepplätze „Rund-um-die-Uhr“ zur Verfügung gestellt.

1.2. Überblick

Die Kinder- und Jugendwohngruppen der Stadt Wuppertal (KIJU) haben die ersten fünf Geschäftsjahre (1999-2003) als Eigenbetrieb -trotz kontinuierlich sinkendem Betriebskosten-zuschuss- mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen. Seit 2004 wurde kein Betriebskostenzuschuss mehr gezahlt. In den Jahren 2004 bis 2006 wurde jeweils ein geringer Verlust ausgewiesen, der über die Gewinnvorträge der Vorjahre gedeckt werden konnte und den städtischen Haushalt somit nicht belastete. Im Jahr 2007 war das Betriebsergebnis positiv. Der Überschuss betrug 54 T€. Im Jahr 2008 waren die Aufwendungen und Erträge nahezu ausgeglichen. Im Jahr 2008 wurde ein Jahresfehlbetrag von T€ 18 erzielt.

1.3 Belegungsstatistik

Im Durchschnitt lag die Belegung aller Gruppen im Jahr 2008 bei 94,63% (ohne Kindernotaufnahme). Im Vergleich dazu wurde in 2003 ein Auslastung von 91,65% , 2004 von 92,89%, in 2005 von 96,13%, in 2006 von 91,19 % und in 2007 von 94,41% erreicht.

In der Kindernotaufnahme (Inobhutnahmen gem. § 42 SGB VIII) kam es im Jahr 2008 zu deutlich mehr Anfragen und Aufnahmen als in den Jahren zuvor. Eine vorübergehende Überbelegung erfolgte in Absprache mit dem örtlichen Jugendamt und wurde vom Landesjugendamt genehmigt. Gleichzeitig wurde mehr Personal eingesetzt. Im Sommer 2008 wurde eine zweite Inobhutnahmegruppe eröffnet. Die gesamte Platzzahl wurde von 8 auf 14 Plätze erhöht. Durch die vorübergehende Überbelegung kam es im Jahr 2008 zur einer Auslastung von 101,31%. Im Vergleich dazu lag die Auslastungsquote im Jahr 2003 bei nur 75 %, 2004 bei 86,82 %, 2005 bei 84,38 %, 2006 bei 78,32% und 2007 bei 96,3%. Die Sollauslastung beträgt seit Mai 2008 83 %, davor lag sie bei 78%.

Die Belegungsquote der Regelwohngruppen (Kinderwohngruppen und Jugendwohngruppen einschließlich Mädchenwohngruppe) betrug durchschnittlich 98,0 %. Damit wurde die Soll-Auslastung von 94,35 % um rund 3,7% überschritten. Insbesondere die Auslastung der Kinderwohngruppen war im Jahr 2008 sehr hoch. Dies lag ursächlich an der Inobhutnahmesituation (s.o.). Kinder mussten kurzfristig auch in den Kinderwohngruppen aufgenommen werden.

Die durchschnittliche Belegung der Tagesgruppen lag mit 62,54% deutlich unter der Auslastung des Vorjahres von 85,31 % und unter der Sollauslastung von 93 %. Die Gespräche mit dem örtlichen Jugendamt zur notwendigen Angebotsveränderung konnten noch nicht abgeschlossen werden.

Die Mutter-und-Kind-Gruppen waren durchschnittlich zu 94,6 % belegt (Mütter: 95,03% und Kinder 94,17 %). Die Sollauslastung liegt für die Mütter bei 93%, für die Kinder bei 85%. Die Soll-Auslastung der Kinder ist geringer, da die Mütter i.d.R. schwanger aufgenommen werden und die Kinder dementsprechend später als die Mütter einen Platz in der Gruppe belegen. Die Auslastung im Jahr 2008 war besser als in den Vorjahren. In 2006 betrug die Auslastung 91,46 % (Mütter 95,93 %, Kinder: 86,99 %) und 2007 lag sie bei 90,58 % (Mütter 91,06 %, Kinder: 90,10 %). Die beiden Mutter-Kind-Gruppen haben je 7 Plätze für Mütter und je 7 Plätze für Kinder. Daher hat ein unbelegter Platz für die prozentuale Auslastung größere Auswirkungen als in den anderen Gruppen die 9 bzw. 10 Plätze vorhalten.

Die Angaben zur Sollauslastung beziehen sich auf die in den letzten Entgeltverhandlungen festgelegten Werte. Sie haben Gültigkeit seit Mai 2008.

	Anzahl der belegbaren Plätze	Ist-Auslastung 2006 in %	Ist-Auslastung 2007 in %	Soll-Auslastung 2008 in %	Ist-Auslastung 2008 in %	%-Abweichung zum Vorjahr
Kinderwohngruppen	27	97,09	99,27	95,00	101,81	+2,54
Jugendwohngruppen	38	88,09	95,39	93,88	95,29	-0,10
Tagesgruppen	10	84,00	85,31	93,00	62,54	-22,77
Mutter-und-Kind-Gruppe	28	91,46	90,58	89,00	94,60	+4,02
Kindernotaufnahmen	8 /14	78,32	96,3	83,00	101,31	+5,01
Alle Gruppen ohne Kindernotaufnahme	103	91,19	94,41	92,76	94,63	+0,22

1.4 Angebotsveränderung

Im Sommer 2008 ist die zweite Inobhutnahmegruppe am Standort Jagdhaus eröffnet worden (s.o.). Aus diesem Grund ist eine Jugendwohngruppe vom Standort Jagdhaus in ein neu angemietetes Gebäude in der Dickestr., in Wuppertal-Ronsdorf, umgezogen.

Durch diese Maßnahmen sind, im Vergleich zum Erfolgsplan 2008, in mehreren Bereichen sowohl höhere Erträge als auch höhere Aufwendungen entstanden.

1.5. Personalbereich

Zum 01.01.2008 wurde die Organisationsstruktur bei KIJU verändert. Sowohl die Leitungsebene als auch die Geschäftsverteilung wurden neu strukturiert. Unter anderem gibt es für jeden pädagogischen Fachbereich eine Fachbereichsleitung. Neben der Dienst- und Fachaufsicht haben die Fachbereichsleitungen auch die Verantwortung für die Umsetzung der Qualitätsstandards bei KIJU. Darunter fällt insbesondere die Umsetzung der methodischen Betreuungsplanung. Von 2003 bis 2007 wurde das Controlling der methodischen Betreuungsplanung bereits von einem vierköpfigen Qualitätssicherungsteam übernommen

Durch die Eröffnung der zweiten Inobhutnahmegruppe im Sommer 2008 wurden mehrere neue Stellen geschaffen und besetzt.

KIJU hält schon seit Jahren einen pädagogischen Bereitschaftsdienst vor. Dieser agiert bei Notfällen an Werktagen ab 16 Uhr bis zum nächsten Morgen 8 Uhr sowie an Wochenenden und Feiertagen. Die Einsätze des Bereitschaftsdienstes haben im Jahr 2008 stark zugenommen.

Auch im Jahr 2008 wurden wieder mehrere Personen in unterschiedlichen Bereichen ausgebildet. Durch die Erweiterung der Kindernotaufnahme konnte ein Erzieher im Anerkennungsjahr mehr ausgebildet werden als im Vorjahr. Hinzu kommen noch eine Reihe von Kurzzeitpraktikanten und junge Menschen im freiwilligen sozialen Jahr.

In der Verwaltung werden seit dem Jahr 2000 kontinuierlich, jeweils für die Dauer von 4 Monaten, Bürokommunikationskaufleute ausgebildet, die bei der Stadt Wuppertal oder dem Klinikum Wuppertal GmbH angestellt sind.

Personalaufwand ist in folgender Höhe entstanden:

	<u>TEUR</u>
Löhne und Gehälter	3.001,8
Sozialversicherung (einschl. Beihilfe)	528,2
Altersvorsorge und Unterstützung (einschl. Altersteilzeitumlage und Pensionsrückstellung)	272,0
Gesamt	3.802,0

Stellenplan und Stellenbestand:

	Stellen laut Plan 2008	Stellenbestand 31.12.2008
Stellenbezeichnung	Anzahl	Anzahl
Betriebsleitung	1	1
Pädagogische Leitung	1	1
Pädagogische Fachbereichsleitung	3	3,8
Fachbereichsleitung Verwaltung und Technik	1	1,5
Verwaltung	3	1,4
Wirtschaftsdienst	7	6,6
Hausmeister	1	1
Erzieherinnen/Erzieher	51	51,4
Sozialpädagogen/Heilpädagoge n	1	1
Pädagogischer Vertretungsdienst	1	3,1
Ausbildung Verwaltung	1	0
Zivildienstleistender	1	1
Freiwilliges Soziales Jahr	2	3
Berufspraktikanten (Erz./Sozialpäd.)	6	3
Praktikanten	0	2
Anzahl Stellen	80	80,8 (*)

(*) Davon insgesamt 25 Teilzeitbeschäftigte

Die Angaben unter „Stellenbestand“ beziehen sich auf Vollzeitstellen.
Der Stellenplan umfasst für 2008 nicht die aufgrund der o.g. Gruppenerweiterung neu eingerichteten Stellen.

Die neuen Stellen wurden im Stellenplan für 2009 vom Rat der Stadt beschlossen.

2. Darstellung der Lage

2.1. Ertragslage

Aufgrund der gestiegenen Auslastung, insbesondere der Kindernotaufnahme und Kinderwohngruppen, sowie der Erhöhung der Inobhutnahmeplätze, lagen die Pflegesatzerlöse 7,9 %, bzw. 357,3 T€ über dem ursprünglichen Plan.

Die Entgelte wurden zunächst mit Gültigkeit zum 1.1.2008 mit dem Jugendamt verhandelt. Dabei wurde vereinbart, alle Berechnungsgrundlagen wie bisher zu belassen und nur den Personalkostenanteil im Entgelt pauschal aufgrund der angenommenen Tarifierhöhung anzuheben. Da das Jugendamt mit seiner Einschätzung der Tarifierhöhung von 1,5% unter dem allgemein vermuteten Wert von 2,9% lag, wurde außerdem ein Sonderkündigungsrecht vereinbart. Bei einer Tarifierhöhung von 0,5 % oder mehr über den verhandelten 1,5% konnten die Entgelte neu verhandelt werden. Die Tarifierhöhung betrug, rückwirkend zum 1.1.2008, 3,1 % zuzüglich eines Sockelbetrags von 50 €, was zusammen einer Erhöhung von rund 5% entspricht. Die Entgelte wurden aufgrund der Tarifvereinbarung mit Wirkung zum 01.05.2008 neu verhandelt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge waren um 23,4 % bzw. 42,4 T€ höher als ursprünglich veranschlagt. Dies lag hauptsächlich an den Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und Erstattungen von Versicherungen für Kaskoschäden sowie Rückerstattung von Müllgebühren und Nebenkosten. Außerdem wurden Erträge durch die Teilnahme am Hardt-Fest als auch am NRW-Tag erzielt. Die Erträge aus sonstigen Nebenleistungen waren aufgrund einer erhöhten Anzahl von Fachleistungsstunden etwas höher als geplant.

Die Zinserträge waren mit 60,4 % bzw. 15,1 T€ höher als geplant. Bis Oktober 2008 waren die täglich variierenden Zinssätze höher als im Jahr zuvor. Außerdem ist der durchschnittliche Guthabenbetrag des Sonderhaushaltes KIJU im Jahr 2008 rund 40 T€ höher als im Jahr 2007.

Die Personalkosten waren 3,0% bzw. 110,2 T€ höher als geplant. Zum einen ist dies auf die Personaleinstellungen aufgrund der Eröffnung der zweiten Kindernotaufnahme im Sommer 2008 zurückzuführen. Zum anderen ist die Tarifierhöhung mit rund 5% (s.o.) deutlich höher ausgefallen, als die mit 2,9% konzernweit kalkulierte Erhöhung.

Im Vergleich zu den Plandaten ist wesentlich höherer Aufwand für Instandhaltung entstanden: +236 T€ / 508,6 %. Im Sommer des Jahres 2008 hat ein starkes Unwetter zu Überschwemmungen und erheblichen Schäden, sowohl auf den Terrassen, als auch im Innenbereich der Mutter-Kind-Gruppen, der Verwaltungsräume und der Aula am Standort Jagdhaus geführt. Zum Teil werden die Schäden durch das Unwetter durch Versicherungen abgedeckt. Die genaue Erstattungshöhe ist zur Zeit jedoch noch nicht bezifferbar. Insofern werden möglich Zahlungen von Versicherungen in den Folgejahren als Erträge verbucht. Die Heizungsanlage mit Warmwasserbereitung am Jagdhaus ist Anfang des Jahres 2008 mehrfach ausgefallen. Sie wurde provisorisch instand gesetzt. Zeitnah soll die Anlage ausgetauscht werden und eine Solaranlage installiert werden. Sowohl für diesen Zweck als auch für die restliche Schadenbeseitigung durch das Unwetter wurden Rückstellungen gebildet. Auch für den nicht geplanten Umzug der Jugendwohngruppe, bedingt durch die Eröffnung der Kindernotaufnahme, sind über den geplanten Rahmen hinaus Kosten für die Renovierung des angemieteten Gebäudes entstanden. Allein aufgrund dessen sind zusätzliche Kosten für Instandhaltung von rund 43 T€ angefallen.

Der Wirtschaftsbedarf lag 34,6% / 32,7 T€ höher als geplant. Durch die neue Gruppe musste die komplette Ausstattung von der Bettwäsche bis zum Geschirr finanziert

werden. Außerdem sind aus dem gleichen Grund höhere Kosten für Reinigung und für den nicht geplanten Umzug der Jugendwohngruppe entstanden. Da die Außenwohngruppe ein Dienstfahrzeug erhalten hat, sind auch zusätzliche Fahrzeugkosten angefallen.

Die Betreuungsaufwendungen waren um 15,4 % / 14,5 T€ höher als geplant. Durch die Situation der Inobhutnahmen wurden deutlich mehr Honorarkräfte benötigt. Außerdem sind aufgrund der Platzzahlerhöhung der Inobhutnahmen und der guten Auslastung die belegungsabhängigen Betreuungsaufwendungen ebenso wie die belegungsabhängigen Aufwendungen für Lebensmittel höher als geplant.

Die Energiekosten waren 14,0 % / 20,5 T€ höher als geplant. Seit Sommer sind, durch den Umzug der Jugendwohngruppe in neue angemietete Räume, für dieses Objekt zusätzliche Energiekosten angefallen. Hinzu kamen die im Vergleich zum Vorjahr zunächst gestiegenen Heizölpreise. Zum Jahresende sind die Heizölpreise wieder stark gefallen, so dass für die Bewertung des Heizölbestandes, statt wie bisher der Durchschnittswert, in diesem Jahr der niedrige Wert zum Bilanzstichtag angesetzt werden musste.

Die Entgelte für Leistungen städtischer Dienststellen sind um 7,8T€ / 8,3% niedriger als geplant. Mit dem Ressort 402, Information und Kommunikation, wurden die Leistungen neu verhandelt. Hier konnten im Vergleich zum Plan Einsparungen erzielt werden.

Die Mietaufwendungen waren 18,9 % / 12,7 T€ höher als geplant. Dies erklärt sich durch die Anmietung des Objektes für die Jugendwohngruppe in Ronsdorf.

Der Verwaltungsaufwand war 29,8% / 9,5T€ -ebenfalls u. a. aufgrund der neuen Gruppe / Umzug der Jugendwohngruppe- höher als geplant. Die Gruppe benötigte auch einen neuen Telefonanschluss. Hinzu kam die Umstellung der anderen Telefonverträge, da für eine Teil der Gruppen die städtischen Anschlüsse entfallen sind. Die Flyer für die Gruppen mussten entsprechend aktualisiert und neu gedruckt werden. Für im Zusammenhang mit der gesetzlichen Verpflichtung zur Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen anfallende Kosten wurde eine Rückstellung von T€ 5 gebildet.

Die Abschreibungen waren etwas niedriger als geplant. Der Flachbau am Standort Küllenhahn ist abgerissen worden. Eine Wertberichtigung hat stattgefunden. Die Abschreibung für den Flachbau entfällt somit ab dem Jahr 2008. Sie war im Erfolgsplan jedoch noch enthalten.

Im Bereich der Zinsaufwendungen gab es keine Abweichungen zur Planung.

Insgesamt lagen die Erträge 8,76 % / 414,7 T€ über dem geplanten Wert. Es fielen gleichzeitig 9,13% / 432,3 T€ höhere Aufwendungen an. Der Fehlbetrag für das Jahr 2008 beträgt 17,6 T€.

In der Rückstellung für unterlassenen Instandhaltung befinden sich rund 172 T€. Diese Rückstellung wird in 2009 für die Schadensbeseitigung durch das Unwetter im Sommer 2008, für die Sanierung der Warmwasseranlage „Am Jagdhaus“ sowie im geringen Ausmaß für die restlichen Arbeiten des dritten Bauabschnitts der Fenstersanierung „Am Jagdhaus“ benötigt.

2.2 Vermögenslage

	31.12.2007	31.12.2008
Eigenkapitalquote	52,3 %	55,3%
Deckungsgrad Eigenkapital / Anlagevermögen	66,3 %	66,4%

3. Risikomanagement

Bei KIJU existieren mehrere Systeme zur Risikofrüherkennung. Im pädagogischen Bereich gibt es täglich einen Abgleich der Belegungsanfragen und anstehenden Entlassungen. Wöchentlich wird eine Übersicht zum Belegungsmanagement erstellt, auf der auf einen Blick die aktuelle Auslastung und die kurzfristigen Veränderungen erkennbar sind. Jeden Monat können anhand eines Trenddiagramms die monatlichen, durchschnittlichen Auslastungsdaten auch graphisch abgelesen werden. Monatlich werden die Gruppenbudgets kontrolliert, so dass auf zu hohe variable Aufwendungen sofort reagiert werden kann. Jedes Quartal wird ein Bericht erstellt, aus dem die aktuelle finanzwirtschaftliche Situation, das Quartalsergebnis und die Prognose zum Jahresende ersichtlich wird. Auf voraussehbare negativen Abweichungen des Betriebsergebnisses, kann so zeitnah reagiert und an Maßnahmen zur Verbesserung des Ergebnisses gearbeitet werden.

4. Hinweise auf wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung

Aufgrund der Tatsache, dass bei einem Bedarf von ca. 500 Heimplätzen nur insgesamt knapp 300 Plätze im Wuppertaler Stadtgebiet vorgehalten werden, dürfte eine Bestandsgefährdung grundsätzlich nicht eintreten.

Durch den § 8 a SGB VIII (Kindeswohlgefährdung) sind vor allem in der Kindernotaufnahme im Jahr 2008 mehr Aufnahmen erfolgt. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Tendenz fortsetzen wird, so dass die Vergrößerung der Kindernotaufnahme voraussichtlich bestehen bleibt. Dennoch ist die Situation der Inobhutnahmen generell schwer vorherzusehen.

Das Angebot der Tagesgruppe soll verändert werden. Das Produkt ist nicht kostendeckend. Die Sollauslastung von 93 % wurde sowohl in 2008 mit 62,5 % als auch im 1. Quartal 2009 mit 65,4 % deutlich unterschritten. Zur Zeit liegen keine Belegungsanfragen vor. Die Gespräche mit dem örtlichen Jugendamt zur Angebotsveränderung gestalten sich schwierig. Bisher konnte keine Einigkeit erzielt werden. Ohne die Zustimmung des Jugendamtes ist die von KIJU angestrebte Änderung nicht möglich.

Mit den zum 01.05.2008 in Kraft getretenen Entgelten ist für die Jugendwohngruppen und Mädchenwohngruppe sowie für die Kindernotaufnahmen eine höhere Sollauslastung vereinbart worden als zuvor. Sowohl in 2008 als auch im 1. Quartal 2009 lag die Mädchenwohngruppe zwar geringfügig unter der Sollauslastung von 93,5 %, durch die drei Jugendwohngruppen wurde diese Unterschreitung der

Sollauslastung jedoch ausgeglichen. Für das Jahr 2009 wird damit gerechnet, dass die Sollauslastung von allen Gruppen im Durchschnitt erreicht wird.

4. Sonstige Angaben / Ausblick

Zum 01.01.2008 ist eine neue Organisationsstruktur verfügt worden. Seitdem gibt es vier pädagogische und zwei weitere Fachbereiche mit Fachbereichsleitungen. Durch die pädagogischen Fachbereichsleitungen kann ein effizienteres, pädagogisches Controlling gewährleistet werden und die Qualität weiterhin auf einem sehr hohen Stand gesichert werden. Die Umsetzung der neuen Strukturen wurde und wird bis 2009 durch einen externen Berater begleitet.

Mit der kontinuierlichen Nutzung der methodischen Betreuungsplanung seit 2004 ist ein entscheidendes Qualitätsmerkmal geschaffen worden. Dadurch hebt sich KIJU deutlich von anderen Anbietern ab.

In letzter Zeit entsprechen die Anfragen und Aufnahmen für die Mutter-Kind-Gruppen nicht mehr unserem verhandelten Leistungsangebot. Es ist notwendig, die Leistungen den höheren Erfordernissen anzupassen. Die neuen Leistungen, die voraussichtlich auch mehr Personal in den betroffenen Gruppen bedingen, müssen mit dem Jugendamt, zusammen mit den dann zu errechnenden Entgelten, verhandelt werden.

Spätestens für das Jahr 2010 müssen die Bereitschaftsdienste bei den Entgeltverhandlungen berücksichtigt werden, da zunehmend Einsätze der Rufbereitschaften zu verzeichnen sind.

Der Flachbau am Standort Küllenhahn wurde in 2008 abgerissen. Die entsprechende Wertberichtigung hat bereits Ende 2007 statt gefunden.

Bei Gründung des Betriebes wurden KIJU mit einem Wert von knapp 50% des Anlagevermögens Darlehen übertragen. Da die Bewertung des Flachbaus durch den städtischen Gutachterausschuss nicht der Realität entsprach und KIJU somit zu hohe Verbindlichkeiten übertragen wurden, wurden Mitte Dezember 2008 Gespräche mit dem Ressort Finanzen geführt. Zum 01.01.2009 lief die Zinsbindung des pauschalen Darlehens aus. Es wurde vereinbart zu diesem Zeitpunkt das pauschale Darlehen um den Wert von knapp 50 % des Restwertes des Flachbaus zu korrigieren. Somit werden die Zinsen im Jahr 2009 geringer sein als geplant.

Es ist geplant, das Gelände in Küllenhahn, an eine karitative Einrichtung zu vermieten um dort ein Kinderhospiz zu errichten. Die Verhandlungen sind noch nicht ganz abgeschlossen. Nach dem jetzigen Stand der Verhandlungen wird davon ausgegangen, dass eine kostendeckende Vermietung im Laufe des Jahres 2009 vereinbart wird.

Die Kosten für alle Beschäftigten, die Altersteilzeit in Anspruch nehmen, wird über ein Umlageverfahren finanziert. Dabei zahlt KIJU die Personalkosten während der Arbeitsphase und hat keine Aufwendungen während der Freizeitphase des Arbeitnehmers zu tragen. Zusätzlich wird eine Umlage, die auf Durchschnittswerten je Mitarbeiter bei der gesamten Stadtverwaltung basiert, an die Stadt gezahlt. Durch die Einführung des neuen kommunalen Finanzmanagements (NKF) wurde in 2008 darüber diskutiert, dieses Verfahren zu verändern. Die Eigenbetriebe sollten für die Mitarbeiter, die an der Altersteilzeit teilnehmen, Rückstellungen bilden. Da Uneinigkeit über Höhe der vorhandenen Rückstellungen, die zum Zeitpunkt der Umstellung von

der Stadt an die Eigenbetriebe hätte gezahlt werden müsste, bestand, bleibt es nun weiter beim Umlageverfahren.

Im Jahr 2009 wird das Inventar der Großküche am Jagdhaus verkauft. Die Räumlichkeiten werden zu Büro-, Besprechungs- und Lagerräumen umgebaut.

Viele gruppenübergreifenden Aktionen, konnten auch im Jahr 2008 nur durch großzügige Unterstützung von Spendern -allen voran die Brennscheidt-Stiftung- geleistet werden. Trotz Finanzkrise wird die Brennscheidt-Stiftung KIJU im etwas reduzierteren Rahmen weiter unterstützen. Für 2009 sind größere Aktionen geplant.

Wuppertal, den 30.04.2009

Kinder- und Jugendwohngruppen der Stadt Wuppertal
Harald Dorau
Betriebsleiter

Herausgeber: Der Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal, Johannes-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal
Der Stadtbote – Amtsblatt der Stadt Wuppertal – erscheint bei Bedarf - in der Regel alle 2 Wochen
Redaktion, Vertrieb und Abonnementsbestellung: Ressort Allgemeine Dienste, Rathaus, Johannes-Rau-Platz 1,
42275 Wuppertal, Tel.: 0202/563-6450, Mail: bekanntmachungen@stadt.wuppertal.de
Einzelexemplare sind zum Preis von 2,00 EURO (einschließlich MwSt.) im Informationszentrum Döppersberg,
42103 Wuppertal, und im Rathaus Barmen, Johannes-Rau-Platz 1, 42269 Wuppertal, erhältlich.
Jahresbezugspreis: 100,00 EURO (einschließlich MwSt. und Postzustellungsgebühr)
Internet und Newsletter-Bestellung: <http://www.wuppertal.de/bekanntmachungen>